

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Freisprecher Nr. 127

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags zur Ausgabe. — Bezugspreis je Monat 0.00 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Unterhaltungsbillette“. — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Druckanschrift: Zeitung.

Die Mitnehmer-Anzeigen-Zelle kostet bei 48 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Einmalige Grundpreise nach Preisliste. Der Mitnehmerpreis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 30 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für ähnliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 25. Nov. 1935 gültigen Preisliste Nr. 3. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Vormittags. D.M. 1.500

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Hauptschriftleiter und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 22

Donnerstag, den 18. Februar 1937

30. Jahrgang

## Was kommt dabei heraus?

Nachdem ein halbes Jahr seit den klaren deutschen und italienischen Forderungen nach wirklicher Nicht-Einmischung ergebnislos verstrichen ist, hat man in London ein etwas wie eine Einigung zustande gebracht, die vorläufig noch keine Theorie ist. Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Londoner Ausschuss bzw. mit der Umsetzung seiner Anregungen in die Wirklichkeit wird das Inkrafttreten des Freiwilligen-Verbotes mit dem 20. Februar ohne jede tatsächliche Einwirkung auf die Sowjetregierung in Spanien bleiben. Dies aber und nichts Fährliches für die springende Punkt an der ganzen Frage. Anders ist der springende Punkt an der ganzen Frage. Hier soll nicht mit dem 6. März dann eine Kontrolle über die Freiwilligen- und Materialtransporte erfolgen?

Weder der deutsche noch der italienische Sprecher in dem sogenannten Nicht-Einmischungsausschuss haben als Vertreter ihrer Regierungen einen Zweifel daran gelassen, wie man in Deutschland und Italien über die bisherige zweifelhafte Mediation in diesem Ausschuss denkt. Herr von Bülow hat in dem Anfang seiner Ausführungen seinen Blick auf die Generale in Schillers Wallenstein, als sie sich zu dem verhängnisvollen Wahl versammelten: „Spätestens jetzt — doch Ihr kommt!“ In knapper, aber um so wirksamer Form wurde die entschlossene französische-russische-englische Verschleppungstaktik in dem Nicht-Einmischungsausschuss durch den ersten Teil dieses Zitates gekennzeichnet, während der zweite Teil den Ausdruck einer weitgehenden Söldenheit und Genugtuung gegenüber den düsternen Londoner Beschlüssen darstellt. Der Vertreter Deutschlands hat es vermutlich mit voller Überlegung vermieden, jenem Zitat noch den zweiten Vers anzufügen: „Der weite Weg entschuldigt Euer Sünden.“ Es gibt in der Tat keine Entschuldigung für das bisherige Ergebnis in den Verhandlungen jenes Ausschusses, es gibt nur die Begründung, daß weder Frankreich noch England sich entschließen konnten, dem Bolschewismus in seinem Kampf gegen ein unglückliches Land in den Arm zu fallen, obwohl alle drei Staaten, Frankreich, England und Rußland als Völkerbündnis, ja sogar als Staatsmitglieder durch völlig klare Bestimmungen gebunden waren! Ueber dieses Kapitel, das in so erschreckend engem Zusammenhang mit dem Sowjetkrieg in Spanien steht, wird einmal die Geschichte richten.

Nicht weniger deutlich hat der Vertreter Italiens, Viceschatler Grandi, auf die „unnötigen monatelangen Verzögerungen“ und auf die „einfachen Sünden“ hingewiesen, obwohl gerade die führenden Mächte des Londoner Ausschusses die täglichen Greuelisten des bolschewistischen Kampfes in Spanien und die planmäßige Zerschlagung des Nicht-Einmischungsausschlusses nur zu gut kennen mußten. Und nun soll mit dem 6. März die Kontrolle einleiten? Warum erst mit dem 6. März? Warum nicht sofort? Es ist eine genügende Anzahl beispielsweise von Kriegsschiffen einer ganzen Anzahl von Mächten in den Gewässern um Spanien versammelt, um schon jetzt eine wirksame Kontrolle gegen die bolschewistischen Material- und Freiwilligentransporte über See durchzuführen — immer vorausgesetzt, daß die westlichen Mächte es mit solchen Maßnahmen wirklich ernst meinen würden. Diesen guten Willen aber können wir ihnen nach den letzten Londoner Beschlüssen gleichwohl nicht zugehen.

Wie es ergeht als außerordentlich merkwürdig, daß Frankreich, bisher mit Sowjetrußland zusammen Saboteur jeder wirklichen Nicht-Einmischung, jetzt zwar mit solcher Rücksicht auf die Londoner Beschlüsse gedrängt hat, aber gleichzeitig das volle Maß politischen Druckes gegenüber Portugal anzuwenden will, und zwar in so auf fallend dringlicher, ja fast ultimativer Form (Forderung mit Wiedergewinnung der Handelsfreiheit), daß für Paris die Verhinderung von Unterführungen für die nationale Regierung über die portugiesische Grenze noch wichtiger zu sein scheint als die Abriegelung aller Zufuhren für die Roten. Der Bolschewist Maïski hat schon in dem Ausschuss sowjetrussische Vorbehalte angemeldet, wenn er behauptete, daß immer noch einige Punkte geklärt werden müßten, bevor man an eine wirkliche Kontrolle ginge. Wie während des ganzen bisherigen Sowjetkrieges in Spanien ergibt sich auch aus diesen beiden Momenten eine so enge Übereinstimmung zwischen der Haltung Frankreichs und Sowjetrußlands, daß man sie als das Ergebnis dauernder Fühlungnahme ansehen muß. Es macht demgegenüber einen fatalen Eindruck, wenn man in Paris und in London den Franzosen das Verdienst an den Londoner Beschlüssen zuschreiben will.

## Nationale Bomber blockieren Madrid

Sämtliche Zufahrtsstraßen zur Hauptstadt bombardiert

Nachdem alle von Madrid ausgehenden Hauptstraßen in der Hand der nationalen Truppen sind, wurden durch einen großangelegten Bombenangriff auch die Nebenstraßen so ausgerichtet, daß die kaum mehr benutzbar sind. Den ganzen Tag über warfen die nationalen Flieger auf die Straßen Bomben, die das Erdreich aufrißen und jeden Nachschub von außen unmöglich machten. Auf diese Weise ist Madrid eng eingeschlossen. Tag und Nacht halten die Flieger diese Einkreisung Madrids aufrecht. Sämtliche Fahrwege, die trotzdem versucht, die Feuerzone zu durchbrechen, wurden vernichtet. Ebenso bombardierten nationale Flieger die feindlichen Stellungen an der gesamten Madrider Front.

Nationale Infanterie rückte im Narana-Abschnitt weiter vor mit dem Hauptnachdruck auf dem rechten Flügel. Der Widerstand der Bolschewisten brach unter erheblichen Verlusten zusammen. An der nationalen Front trafen ausländische Ueberläufer ein, die ausgaben, daß die Lage Madrids ihnen hoffnungslos erscheine und daß sie nicht beabsichtigen, die Selbstmordabsichten ihrer Anführer zu teilen.

Nationale motorisierte Abteilungen rückten von Morit in Richtung Almeria vor. Sie fanden kaum Widerstand. Artillerie und Kampfflieger hatten die Straße Morit-Almeria sowie die feindlichen Stellungen innerhalb Almerias unter dauerndem Feuer.

An der Murien-Front machte der Feind, wie der amtliche Berichtsbericht meldet, nach heftiger Feuerbereinigung im Gebiet bei Oviedo einen Angriff, wurde aber abgewiesen. Im Abschnitt Maiadabonba verfuhr:

er einen Nachtangriff, der erfolglos blieb. Durch die Tätigkeit der Fliegerei wurden vier bolschewistische Jagdflieger abgeschossen. Die nationalen Flieger verloren eine Maschine.

Nach einer Meldung der Agentur Radio aus Sevilla ist der angeblich holländische Dampfer „Dobesa“, dessen Ausfahrt aus Marseille das „Echo de Paris“ gemeldet hatte, von den nationalen spanischen Seestreitkräften aufgebracht worden. Das Schiff hatte 1200 Tonnen Kriegsmaterial sowie Kupfer und Nickel für die spanischen Bolschewisten an Bord. Die Gesamtladung stellt einen Wert von etwa 30 Millionen Peseten dar.

### Meuterei auf roten Kriegsschiffen

Der nationale Sender Salamanca stellt auf Grund authentischen Materials fest, daß es auf den bolschewistischen Kriegsschiffen kurz vor dem Fall Malaga zu offener Auflehnung gekommen sei. „Echo de Paris“ gemeldet hatte, daß die Flotte in der Verteidigung zu unterstützen, sei einfach nicht ausgeführt worden. Auf Grund dieses Vorfalls sei bereits eine große Anzahl von Anführern verhaftet worden, und es habe schon einige Todesurteile gegeben. Daraufhin hätten die Besatzungen der bolschewistischen Schiffe unter Androhung offener Meuterei die Haftentlassung ihrer Hauptlinge verlangt.

In Santander hören die Unruhen nicht auf. Am Dienstag plünderte eine Gruppe von Anarchisten zahlreiche Geschäfte. Die sogenannten Ordnungsorgane haben dem Treiben machtlos zu. Bei einer anschließenden Schießerei gab es mehrere Verwundete.

wertes sperrte die Einfahrt in die Schächte für die gesamte Belegschaft von 4100 Mann. Sie erklärt, sie habe sich zu dieser plötzlichen durchgreifenden Maßnahme zur Abwehr gegen die Pläne fremder bolschewistischer Streikherren gezwungen gesehen.

Vor zwei Wochen hatte die Belegschaft unter Hinweis auf die Steigerung der Lebenshaltungskosten eine Lohn-erhöhung gefordert. Die Direktion hatte sich grundsätzlich zu einer allgemeinen Lohn-erhöhung bereit erklärt und dies auch der Regierung und den maßgebenden Stellen mitgeteilt. In den letzten Tagen stellte die Direktion jedoch fest, daß fremde kommunistische Agenten sich in die einzelnen Schächte eingeschummelt hatten und eine große bolschewistische Hebe betrieben. Insbesondere versuchten sie, einen Generalstreik unter Tag durchzusetzen. Es bestand daher die Gefahr, daß die Opfer dieser gewissenlosen Pläne in den nächsten Tagen in die Schächte einfahren, aber nicht wieder ausfahren würden. Vor drei Jahren schon ist den bolschewistischen Streikherren ein solcher Anschlag geglückt. Die Verheerungen wurden, nachdem sie tagelang ohne Nahrung im Schacht geblieben waren, völlig erschöpft und halb tot zutage gefördert. Aus diesem Grunde hat sich daher die Direktion veranlaßt, die Einfahrt der gesamten Belegschaft in die Schächte vorläufig auf unbefristete Zeit zu sperren.

## Abkommen mit der Tschchoslowakei

Der neue Eisenbahnvertrag ratifiziert.

Im Reichsgesetzblatt ist ein deutsch-tschchoslowakischer Vertrag veröffentlicht worden, der die Verhältnisse der über die deutsch-tschchoslowakische Grenze führenden Eisenbahnen regelt. Da es zwischen Deutschland und der Tschchoslowakei nicht weniger als 34 Uebergänge gibt, deren wichtigste auf tschchoslowakischem Gebiet liegen — vor allem Eger, Bodenbach, Teich und Oberberg — und die Bahnhöfe, in die die deutschen Reichsbahnen einmünden, zum Teil 20 bis 30 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt liegen, waren die Verhandlungen ebenso schwierig wie politisch bedeutsam. Durch den jetzt abgeschlossenen Vertrag ist im wesentlichen die Regelung erhalten geblieben, die vor dem Kriege Gültigkeit hatte. Die deutschen Strecken, die in auf tschchoslowakischem Boden liegende Bahnhöfe einmünden, sind der Reichsbahn erhalten geblieben. Lediglich die verhältnismäßig unbedeutende eingleisige Strecke von Reichenberg zu der deutschen Grenze soll der Tschchoslowakei übertragen werden. Der vielfach in den Verhandlungen umstrittene Bahnhof Eger bleibt in deutschem Besitz mit einer Sondervereinbarung, wonach der Personenverkehr von der Tschchoslowakei, der Güterverkehr von Deutschland wahrgenommen wird und im übrigen die für den deutschen Eisenbahnbetrieb notwendigen Sonderdienste selbstverständlich bei Deutschland verbleiben. Der technische Güter- und Personenbahnhofsverkehr wird im Gemeinschaftsdienst von Deutschland und der Tschchoslowakei durchgeführt.

## Folgen bolschewistischer Heke

Die Hunsfischer Kohlengruben stillgelegt.

Die Hunsfischer Kohlengruben, das größte Bergwerk Ungarns, wurden stillgelegt. Die Direktion des Berg-

## Gründungsfeier der Partei

Der Traditionsbau München-Oberbayern gibt bekannt:

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei be- acht am 24. Februar 1937 ihren Gründungstag. Wie all- ährlich, so werden sich auch in diesem Land die ältesten Kämpfer der Bewegung an diesem Tage im denkwürdigen Hofbräuhausaal versammeln. Infolge der beschränkten Lokalverhältnisse wird eine Parallelsiedlung im Löwenbräuhaus stattfinden.

### Erbböden aus Domänen

Großangelegte Bauernsiedlung in Thüringen.

Auf Anregung des Gauleiters und Reichsstatthalters zu a u e l hat die thüringische Regierung gemeinsam mit dem Landesbauernführer von Thüringen geprüft, wie weit thüringische Staatsgüter und Domänenland zur Neubildung deutschen Bauerntums bereitgestellt werden können.

Nach dem ausgefertigten Siedlungsplan werden ins- gesamt vom Lande Thüringen etwa 21.000 Morgen Domä- nenbesitz für Siedlungszwecke bereitgestellt. Davon werden 13.000 Morgen mit zusammen etwa 5000 Morgen und 200 Neubauernhöfen zu je 60 Morgen gebildet, weiter werden etwa 250 kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe durch Landenteilungen aus einer Fläche von insgesamt rund 4000 Morgen zu wirtschaftlich gefunden Erbböden umgeplant. So werden 473 neue Erbböden entstehen.

Man kann davon ausgehen, daß im Jahre mindestens 20 neue Erbböden geschaffen werden können. Das ergibt in den sechs Jahren des vorgegebenen Arbeitsplanes weitere 120 Erbböden. So kann man damit rechnen, daß der sechs- jährige Siedlungsplan in Thüringen mit rund 600 neuen Erbböden abschließt.

iter  
sterin.  
che Olympischen  
meisterischen  
nen Ereignis  
in A b a b r i  
nisse wieder  
die beste  
außerdem  
in gefahren  
rede nicht so  
dadurch Zeit  
ischen, die  
Schweizerin  
volte. Aus  
gaet.  
gen  
s. Weltmeis  
des Olympi  
Wettbewer  
und Gaues  
ragns, das  
drei Deut  
id den 6. M  
hatte man  
den Kund  
el den Olym  
tefer Hoffm  
er Schanze  
der Ratten  
lichen Anwe  
iffel vom L  
ie ich gem  
e. 1931 (S  
folgen  
ird im Kreis  
Beauftragte  
asi Ruchse  
Berfonen sin  
nen ist zu  
ungehindert  
en, Räume  
ebenen Be  
plungem  
lämpfung  
ten Adress  
ft, den Ge  
Frage  
ntstehen  
Hände vor  
der Päch  
spolige  
ig werden  
m 13. M  
mit H  
rat.  
des Ge  
lle“ e. G  
Abhaltung  
ht:  
opf.



# Reichen 18 Milliarden nicht aus?

Auffschreiende Erklärung Chamberlains im Unterhaus.

Im englischen Unterhaus findet eine zweitägige Debatte über das Aufrüstungsprogramm der Regierung statt. Der Schatzkanzler Neville Chamberlain brachte eine Finanzentscheidung ein, die die Auslegung einer Verteilungssanierung im Betrag von 18 Milliarden vorstellt. Die Arbeiterpartei hatte in einer Fraktionsstimmung beschlossen, gegen diese Verteilungssanierung zu stimmen, und zwar, weil die Regierung aufrüste, ohne einen bestimmten Friedensplan zu beschließen, und weil die Aufrüstungsausgaben aus dem Ertrag der Steuern anstatt aus Anleihenmitteln bestritten werden müßten.

Neville Chamberlain begründete den Standpunkt der Regierung demgegenüber in einer längeren Rede. Er erklärte, daß eine Zusammenlegung des Anleihekapitals mit den Steuererträgen unvermeidlich sei. Dennoch werde das Schatzamt, soweit möglich, die Unterscheidung aufrechterhalten. Die wirkliche Reduzierung des Aufrüstungsprogramms, der ohne Beispiel sei, sei in den beispiellosen Umständen des Augenblicks zu finden, die der Regierung diese Kleinausgaben aufzulegen hätten und die es notwendig gemacht hätten, diese Ausgaben auf eine verhältnismäßig kurze Zeit zusammenzubringen. Wenn die Opposition von der Höhe des Anleihebetrages überredet sei, dann nur deshalb, weil sie sich über die gewaltige Ausdehnung der Regierung auferlegten Aufgabe keine Rechenschaft ablegte. Das Aufrüstungsprogramm für militärische Zwecke sei heute ungeheuer viel kostspieliger als am Ende des Weltkrieges.

Auffsehen erregte die Mitteilung des Schatzkanzlers, daß selbst die geplante Summe von 1,5 Milliarden Pfund Sterling (etwa 18 Milliarden RM.) nicht als endgültig angesehen werden könnte. Wenn die Umstände sich ändern sollten, so daß Großbritannien sein Programm vermindern könnte, so werde das um so besser sein. Auf der anderen Seite müsse man berücksichtigen, daß sich die Umstände geändert hätten, seitdem Großbritannien dieses Programm zum erstenmal erwogen hätte, und es könnte sehr wohl sein, daß es sich wiederum zu seinem Nachteil ändern könnte. Es könnte sein, daß die 1,5 Milliarden (rund 18 Milliarden RM.) schließlich nicht die Gesamtsumme darstellen, die das Land für diese Zwecke ausgeben müßte.

Wenn man das Programm der Regierung angreife und behaupte, daß es zu weit gehe oder verfrüht sei, so dürfe man die Kritiker fragen, wo es dann geringer sein könnte. Er, der Schatzkanzler, fordere die Opposition auf, auch nur einen der im Weißbuch aufgeführten Punkte zu nennen, der fortgelassen werden könne (Weißfall auf den Regierungsbänken).

Auf einer Zwischenfrage des arbeiterteilnehmigen Abgeordneten Henderson, ob Großbritannien seine Schladten, auf eigene Faust oder im Rahmen des Systems der kollektiven Sicherheit schlagen werde, erwiderte Neville Chamberlain, er glaube nicht, daß es im öffentlichen Interesse läge, wenn man eine Theorie aufstelle, gegen von England kämpfen werde oder wer in einem solchen Falle Verbündeter Großbritanniens sein würde. „Unsere Pläne“, so fuhr er fort, „find nicht gegen eine besondere Macht oder eine Gruppe von Mächten gerichtet. Aber es ist die Pflicht der Regierung, ein wohlverordnetes Programm vorzulegen, das für die Sicherheit und die Durchführung unserer Politik notwendig ist. Wenn die Opposition das Programm angreift, muß sie erklären, wo man es kürzen kann!“

Wenn man Großbritannien mit seinem Reichtum, seinen Gebieten und seinem Handel unbewaffnet und hilflos in einer von Kopf bis zum Fuß bewaffneten Welt lasse, so stelle das eine fündige Verurteilung für jeden Angreifer dar, der möglicherweise eines Tages dieser Verurteilung nicht mehr widerstehen würde. (Regierungsbefall.) Aus Erfahrung wisse man, daß Englands Einfluß mit seiner Stärke zu- und abnehme. Je nach der Stärke, die England von Tag zu Tag und Woche zu Woche mehr und mehr gewinne, wachse sein Einfluß, was an sich schon ein zur Behauptung führender Faktor in der internationalen Lage und damit wahrscheinlich das größte Bollwerk für den Frieden sei, das es zur Zeit in der Welt gebe. (Regierungsbefall.)

Angesichts dieser Lage sei es unmöglich, vor der Vollendung des Programms zurückzufahren.

„Der Frieden, die politische Verbindung, die Abklärung können nicht von einer Macht allein erreicht werden“, so schloß Chamberlain. „Jederzeit und jederzeit, wo wir finden, daß andere unsere Ansichten teilen, werden wir uns mit ihnen darüber freuen und eine fruchtbringendere, gesündere und wertvollere Lösung herbeizuführen versuchen.“

Nach Neville Chamberlain ergriß der frühere Minister Bethel Vorance für die Opposition das Wort. Er erklärte, daß die finanziellen Vorkläufe der Regierung beipflichtet und so ungeheuerlich seien, daß sie die Opposition zu einem direkten Angriff auf die Regierung zwängen.

## Hungersnot vor Moskaus Toren

Das ist der Bolschewismus!

Die Sowjetunion hat gegenwärtig wieder einmal alle Mittel ihrer vielfältigen Propaganda entfaltet, um nach innen und außen hin die wirkliche Lage des Landes zu verbergen und zu verunkeln. Unwillkürlich fragt man sich, was den ständigen „Säuberungsaktionen“ eigentlich zugrunde liegt. Eine Fahrt auf den schlechten, verdorbenen und verfallenen Straßen, von Moskau aus 100 bis 150 Kilometer südwärts, bringt Arbeit über den wahren „Feind“ der Sowjetgewaltshaber.

Infolge der kurzbarbaren Dürre des Sommer ist die Ernte des Vorjahres (wie auf 40–50 v. H. der gesamten Saatfläche der Sowjetunion) auch in der weiteren Umgebung der Hauptstadt katastrophal ausgefallen. Es wurden durchschnittlich nur 3 Doppelzentner Korn vom Hektar geerntet (1/4 des deutschen Durchschnitts). Diese farglichen Erträge mußten fast ganz dem Staat abgeliefert werden, dem Kollektivbauern verblieb meist nur 200–250 Gramm Korn auf das „Tagewerk“, also rund 40 Kilogramm Brot als Jahreslohnung und damit fast ausschließlich Existenzbasis für ein ganzes Jahr!

Das Brot ist überall schon seit Monaten verzehrt. Auf die Frage, wie sie sich überhaupt durchhalten können, erfolgt — in der Umgebung Moskaus! — fast immer dieselbe Antwort: irgendein Familienmitglied ist meist in der Stadt als Industriearbeiter tätig. Die Bauernfamilie lebt faktisch von dessen Unterstützung. Entweder schickt der Betreffende etwas Geld, wovon man sich dann in der Stadt (1) Brot kauft, oder er bringt an einem freien Tag selbst Nahrungsmittel aufs Land. Nur deshalb stößt man im weiteren Umkreis der Hauptstadt noch nicht auf die traurigen Spuren der Hungersnot, wenn auch die Unterernährung — insbesondere der Kinder — schon deutlich zu merken ist.

Ganz anders ist jedoch die Lage in der tiefen Provinz, wo die Hilfe der Verwandten aus den Städten und Industriezentren nicht mehr hinreicht. Die Vorräte im Volgagebiet ist so groß, daß — den „zufälligen“ Eingekaufenen einiger Provinzzeitungen zufolge — sich die Regierung trotz allem Missetaten bereits zu vereinzelten Hilfsaktionen entschließen mußte. Freilich werden auch dann die Unterstützungen nur als „Darlehen“ (in Koggenmehl) auf die künftige Arbeitsmehreite des laufenden Jahres gegeben. Aber solche geringen und oft schon verarbeiteten Hilfsaktionen, die zudem nur den „besten Arbeitsträgern“ zugute kommen sollen, die Alten und Schwachen aber in echt bolschewistischer „Sachlichkeit“ übergehen, können immer nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Immerhin legen diese Nachrichten, die die Moskauer Presse beharrlich verschweigt, ein unbefriedigendes Zeugnis dafür ab, was Moskau durch seine gescheiterte Propaganda nach außen und mit der unverblühten Verrücktheit nach innen verfluchen will: den Hungerwinter im russischen Dorf.

## Südafrikas schwierigstes Problem

Enbaltung der Maßnahmen gegen Rassensmischung.

Nach Meldungen aus Pretoria ist es zwischen den südafrikanischen Ministern Pirow und Hofmeyr zu einem Streit über die Frage gekommen, ob Europäer von Angehörigen von Völkern Afrikas beschäftigt werden können. Minister Hofmeyr erklärte im Parlament als ausländischer

Minister, die Regierung habe sich verweigert, in dieser Hinsicht nicht für erforderlich. Minister Pirow erklärte gegen einen Pressevertreter, daß nach diesem Ergebnis ein Gesetz geschaffen werde, wonach bei Angehörigen von Völkern Afrikas nicht länger europäische Arbeiter beschäftigt werden dürfen. Die Presse hofft, daß eine Gesetzesstrafe zu vermeiden ist, betont aber den Ernst der Lage. Das Parlament schloß es vor kurzem ab, mit Ausnahme von vier Mitgliedern.

Dabei zeigte sich der erste Konflikt, als die Minister Grobler und General Kemp mit der Opposition gegen die Maßnahmen innerhalb der Vereinigten Partei.

Die Rassenfrage ist das größte und schwierigste Problem der Südafrikanischen Union, an dessen Lösung schon durch Jahre gearbeitet und herumgedacht worden ist, ohne daß ein alle Teile befriedigendes Resultat gefunden wäre. Die Union zählt 9 479 985 Einwohner von 1979 390 Europäer oder reinblütigen Weißen, 6 529 784 farbige, Angehörige der Vorkolonialen Rassen, 215 529 Afrikaner und schließlich 755 282 sogenannte Farbige.

Die Weißen sind, obwohl sie kaum ein Viertel der Bevölkerung bilden, die allein herrschende Klasse. Sie sind als die Erben alles dessen, was die europäische Kultur und Zivilisation auf dem Gebiet der Religion und Sittlichkeit, an Gedanken, Einrichtungen und Gesetzen geschaffen haben. Die 6,5 Millionen Nanturmer sind einer primitiven Kultur, die sie ausbauen und weiterentwickeln. Die Frage stellt sich, ob man weiter den Angehörigen der Naturvölker die Vorkolonialen Fortschritt und der Angleichung an die Weißen ermöglichen sollte. Das aber würde, wie die Gesetzgeber zugeben, vermehrlich die Nachfahren der Rassenmischung aufwiegen, wie sie bereits im benachbarten portugiesischen Angola besteht. Dort zwangen die Seefahrer, nachdem die Eingeborenen zur Zwangsarbeit getrieben hatten, Soldaten und Matrosen, eingeborene Frauen zu heiraten.

Notwendige Beschränkungen, die ihnen auferlegt werden, erregen in den oberen Schichten der schwarzen Bevölkerung der Union recht viel böses Blut und gestatten der lauer Propaganda, die sich auch über Südafrika ausbreiten beginnt, gewisse Erfolge zu buchen. Alle Zensurmaßnahmen sind aber vom Gesetzgeber weniger Minderbemerkung der schwarzen Masse beachtet, sie sind vielmehr darauf ab, eine Rassensmischung in großen Maßstäben zu verhindern, die auch von der Naturverbundenheit nicht gewünscht wird. Durch das Gesetz über Immoralität act wird der freie Geschlechtsverkehr zwischen Schwarz und Weiß zum mindesten mit Gefängnis bestraft. Eben findet allerdings an religiösen Strömungen Zulassung, aber es sind eine große Seltenheit.

In den letzten Jahren hat eine starke jüdische Einwanderung nach Südafrika stattgefunden, die sich sehr bemerkbar auswirkt. Der Jude wird zur weichen Masse gerechnet, er kennt aber nicht die Hemmungen, die der eingeborene weiße Afrikaner im Verkehr mit den Farbigen besitzt, die bei ihm Tradition und Selbstgefühl geweckt sind. Gewiss, auch der weiße Afrikaner begegnet dem gebildeten Farbigen höflich und rücksichtsvoll, aber er scheut nicht die trennenden Schranken. Dem Juden dieses Rassengefühl fremd, er schmeißt dem Farbigen beiseite und auf und summiert sich nicht auf den Immoralität act im Verkehr mit farbigen Frauen. Oft auch ist er bewußter Agent Moskaus.

General Pirow hat sich endlich veranlaßt gesehen, den Strom der jüdischen Einwanderung nach Südafrika zu dämmen. Juden sollen nicht mehr in die Union gelassen werden, aber der Schaden, den sie angerichtet haben, ist bereits so beträchtlich, daß er nicht so leicht wieder gutzumachen ist.

## Trauerbeflaggung am Heldengedenktag

Aus Anlaß des Heldengedenktag fordert der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda die Bevölkerung auf, am Sonntag, dem 21. Februar, Trauerbeflaggung zu setzen.



ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

Urheberrechtsschutz: Korrespondenzverlag Hans Müller, Leipzig C 1

64. Fortsetzung

„Ich verstehe es besser, als du es glaubst, lieber Onkel, und weil du mir es sagst, so sollen beiden alle dumme Streiche verziehen sein. Kümmer dich getrost um beide, ich habe nichts dagegen. Du hast mir dein Wort gegeben, daß du es Linda vollkommen überlassen willst, und das dankst mir.“ „Und wenn Linda den Emmerich heiratet, dann kriegt sie mein ganzes Vermögen. Aber wo ist denn das Mädel?“ „Es war, als wenn Linda nur auf das Stichwort gewartet hätte, denn plötzlich erschien sie ganz unvermutet am Kaffeetisch, grüßte den Vater und reichte dem Onkel herzlich die Hand.“

„Sei, daß du munter bist, Linda, du mußt nachher mit mir kommen, ich will dir dein Geburtstagsgeschenk kaufen!“ „Aber Onkel, das ist doch nicht nötig. Ich habe ja so viel bekommen.“

„Ich laufe dir ein schönes neues Auto“, sagte der Onkel triumphierend, „das hast du noch nicht!“

Um diese Zeit etwa, als Onkel Jeremias tatsächlich Ernst machte und mit seiner großen Wichte ein Auto kaufen ging, war Lotte damit beschäftigt, in der Markthalle einzukaufen. Als sie am Stand der Mutter Kuschke eben zwei schneeweiße Blumenkohl auswählte, wurde sie plötzlich angerufen. Sie wandte den Kopf und erkannte Majors Köchin Rosel Grote.

Herzlich begrüßten sich die beiden Mädel, und Lotte fragte: „Wie seid ihr denn gestern nach Hause gekommen?“

Majors Köchin nickte und sagte:

„Es ist einfach vier Uhr geworden. Wir waren doch noch einmal auf dem Hauptbahnhof und haben dort Kaffee ge-

trunken. Was denkst du, wenn dort die beiden Australier getroffen haben? Ihre Bräute!“

Lotte war zumeist, als fekte der Herzschlag aus, sie mußte sich gewaltig zusammenreißen, um in gespielter Unbefangenheit zu sagen:

„Bräute?“

„Ja, Bräute ist ja zuviel gesagt“, erzählte die Köchin weiter und berichtete ihr alles ausführlich.

Sie schloß mit den Worten:

„Eind ja beide ein paar niedliche Dingerehen, aber viel dran war nicht. Keine richtige Figur. Die eine, die Daisy, die einen schwarzen Wuschelkopf hat — deiner ist hübscher, Lotte — die sieht ja neben dem großen Charly wie ein kleines Kind aus. Der Herr Charly scheint sich nicht allzu viel aus ihr zu machen, er war nett, aber durchaus zurückhaltend.“

Lotte atmete auf und fragte dann:

„Und der Herr Paul?“

„Dem Herrn Paul seine Heiß glaube ich Leonore oder so ähnlich. Jedenfalls ist sie toll in den Paul verliebt und hätte ihn im Marktplatz am liebsten beim Kopfe genommen. Immer hat sie die Hand um seine Schultern gelegt.“

„So ein freches Frauenzimmer“, sagte Lotte erregt und dachte unwillkürlich an Linda. Sie hatte es mit einem Male eilig, nach Hause zu kommen und verabschiedete sich rasch.

Gegen Mittag kam Linda plötzlich in die Küche und rief Lotte jubelnd zu:

„Ich habe ein Auto!“

„Ein Auto? Hat der Herr Erbkonkel wirklich eins gekauft?“

„Ja, denke dir, er ließ keine Ruhe. Mama und Papa sind fassungslos. Der Onkel ist nicht wiederzuerkennen. Er ist mit einem Male der reizendste Mensch, den es gibt, und heute morgen mußte ich mit ihm gehen, weil er mir als Geburtstagsgeschenk durchaus ein Auto kaufen wollte. Und ein schöner Wagen ist es, es können aber auch ganz bequem

fünf Personen drinsitzen. Ein wundervolles, schnelles, festes Wandererfahrzeug. Ich lerne jetzt fahren. Wenn ich auf den Markt gehe, dann fahre ich Sie immer mit.“

„Damit die Krawatte das schöne Polster verleiht, was? Nein, das lassen wir lieber sein, Fräulein Linda, ich meine herzlichsten Glückwunsch zu dem Wagen.“

„Ob die beiden Australier auch fahren können?“

Die unvermittelte Frage brachte Lotte wieder auf die zählung der Freundin.

„Natürlich können die fahren, diese beiden Don Juan grollte sie.“

„Don Juans?“ fragte Linda erstaunt, und nun mußte alles anfallen, was Lotte berichtet hatte.

Es sei Lotte zuerkannt, daß sie sich Mühe gab, den richtig so zu übermitteln, wie sie ihn von der Freundin genommen hatte, aber ein klein wenig verändert war er bei Linda hatte mit einem Male das Gefühl, als wenn er Freude in ihr abstrübe.

Liebe Paul ein Mädchen? War er gebunden? Auf ein Schiff hatte er sie kennengelernt. Sicher war es so ein festes, verträgliches Mädel aus USA, und Paul würde ihr den Vorzug geben.

Den Vorzug? fragte sie sich plötzlich. Vor wem denn der Vorzug? Was ging sie überhaupt bei Paul Emmerich an? Ein klein wenig hochmütig wurde ihr Gesicht, und mit einem spielerischen Lächeln sagte sie nur:

„So, das hätte ich ihm eigentlich nicht zugetraut, wenn es ihm Spaß macht, immerzu.“

Sie versuchte Paul und was mit ihm zusammenhängte, zu vergessen, aber es wollte ihr nicht so recht gelingen, am Nachmittag wurde sie durch ihre Mutter wieder daran erinnert.

Frau Irene sagte zur Tochter, daß der Onkel erklärt habe, sein ganzes Vermögen ihr, Linda, zu vermachen, wenn Paul Emmerich heirate.

Linda erschrak und wurde rot.

„Wie gefällt er dir denn, Kind?“

Aber Linda wehrte schnell ab und sagte:

(Fortsetzung)







# Der Führer empfängt die Frontkämpfer

Besuch der Delegationen auf dem Obersalzberg.

Den Höhepunkt für die zur ersten Tagung der Permanenten Internationalen Frontkämpferkommission in Berlin verammelten ehemaligen Frontkämpfer bildete der Empfang der ausländischen Abordnungen durch den Führer und Reichsführer am Mittwochmittag im Berghof auf dem Obersalzberg.

In diesem von den ausländischen Teilnehmern mit größter Spannung erwarteten Empfang nahmen von deutscher Seite teil der Vorsitzende des Präsidialrates der vereinigten deutschen Frontkämpferverbände, NSKK-Obergruppenführer Herzog von Coburg, des weiteren Reichskriegsgefangenenführer Oberleutnant, der Präsident des Roffhäuserbundes, Oberst Reinhardt, sowie zahlreiche Offiziere der deutschen Wehrmacht.

Das schöne Alpenstädtchen Berchtesgaden hatte sein schönstes Festgewand angelegt, um die Teilnehmer an der Tagung der Internationalen Frontkämpferkommission würdig zu begrüßen. Von allen Häusern leuchteten die Fahnen des Dritten Reiches. Die Bahnhofstraße war flankiert von 14 Fahnenmasten, von denen die Farben der Nationen wehten, die zu dieser bedeutsamen Tagung Abordnungen entsandt hatten. Auf dem festlich geschmückten Bahnhofsvorplatz hatten sich viele Tausende eingefunden, die die von Berlin kommenden Frontkämpfer aus das herzlichste begrüßten. Durch ein Spalier der Gliederungen der Partei, der Kriegsgefangenen und des Roffhäuserbundes marschierten die ausländischen Abordnungen, von jüdischen Helfern empfangen.

Die Begrüßung der Frontkämpfer durch den Führer erfolgte in der großen Wandelhalle des Berghofes. Der Präsident des Verbandes der Deutschen Frontkämpfervereinigungen und Vorsitzender der Arbeitstagung der Ständigen Internationalen Frontkämpferkommission, NSKK-Obergruppenführer Herzog von Coburg, richtete zunächst einige Worte der Begrüßung an den Führer.

Dann trat der kriegsblinde und einarmige Führer der italienischen Kriegsgefangenen, Carlo Delcroix, in der Uniform der faschistischen Wiltz als Präsident der Ständigen Internationalen Frontkämpferkommission vor den Führer, um ihn im Namen aller seiner Kameraden von allen Fronten des Weltkrieges sowohl als Staatsoberhaupt als auch als Frontkämpfer und damit als einen der ihren zu begrüßen.

Die Verdienste des Führers um die Festigung der Stellung der Frontkämpfer in Deutschland, so sagte er u. a., seien bei den ausländischen Kongreßteilnehmern bekannt. Auch der Führer sei ja eine Zeitlang kriegsblind gewesen und habe vielleicht gerade in dieser Zeit sehr viel den Zukunftsweg Deutschlands geschaut. Die Frontsoldaten seien diesmal zur Verteidigung des Friedens zusammengekommen.

Friede sei kein Geschenk, sondern eine Eroberung, zu deren Verteidigung man stark sein müsse. Der Friede sei kein Privileg, sondern eine Verantwortung, deren man sich würdig erweisen müsse.

Ein neuer Krieg würde mit absoluter Sicherheit die Zerstörung der gemeinsamen Kultur bedeuten und die Zielstellung derjenigen Völker bedrohen, die die Träger unserer Zivilisation seien. Gerade diejenigen Nationen, die am meisten zum Aufbau der gemeinsamen Kultur beigetragen hätten, hätten die größte Verpflichtung, diese Kultur zu erhalten. Es sei zu hoffen, daß das Beispiel, das viele Frontsoldaten gegeben hätten, indem sie sich über alles Trennende hinweg einigten, nicht vergeßlich sein würde.

Das Zusammentreffen der Frontkämpfer mit dem Führer in der Einsamkeit der Berge sei ein gutes Vorbild. Er, der selbst in seinem Volke den Gipfel erreicht habe, habe daher auch das Recht, von diesem Gipfel aus der Welt Friedensworte zuzurufen. Und in deutscher Sprache schloß Delcroix seine Ansprache: „Denn über allen Gipfeln ist Ruh!“

## Der Führer

dankte dem Präsidenten Delcroix für seine wunderbaren Worte und seinen Kameraden dafür, daß sie den Weg in diesen abgelegenen Teil Deutschlands gefunden hätten, um ihn zu besuchen. Als Frontkämpfer sei er besonders glücklich, die Frontkämpfer anderer Nationen bei sich zu sehen. Die Gedanken, die in diesem Augenblick alle gemeinsam bewegten, habe bereits Präsident Delcroix in vollendeter Weise zum Ausdruck gebracht.

Wem daran liege die Erkenntnis, daß ein neuer kriegerischer Konflikt katastrophale Folgen für alle Nationen haben würde. Auf ihrer Reise durch Deutschland hätten die ausländischen Frontkämpfer ein Volk vorgefunden, das fleißig seiner täglichen Arbeit nachgehe und das in einer gemeinsamen großen Anstrengung die bestehenden Schwierigkeiten zu meistern suche. Die riesenhafte Anstrengung, die das deutsche Volk im Augenblick mache, sei nur dadurch möglich, daß in Deutschland absoluter Frieden herrsche. Wenn aber schon die Störung des inneren Friedens die Aufbauarbeit in Deutschland gefährden würde, so würde eine Bedrohung des äußeren Friedens Deutschlands die gigantische Anstrengung der deutschen Nation um ihre innere Wiedergesundung zu schanden machen.

Das deutsche Volk habe nicht die geringste böse Erinnerung mehr an den Krieg. Es sei nichts übrig geblieben als die große Achtung vor dem ehemaligen Gegner. Die Nationen, die das selbe Leid und dieselben Gefahren aus sich genommen hätten wie die deutschen Soldaten. In einem Lande, dessen Regierung fast ausschließlich aus Frontkämpfern bestünde, sehe man den Krieg mit anderen Augen an, als es die Völker täten, die ihn nicht kennen. Frontkämpfer wußten, daß der Krieg zwar ein großes, aber auch ein grauenhaftes Erlebnis sei.

So hätten denn alle Frontkämpfer nur den einen Wunsch, daß nie wieder etwas Dergleichen eintreten möge. Nicht aus Schwäche oder Furcht, sondern in dem alten Frontkämpferglauben sei für den Frieden ein. Wenn jemand den Begriff Frieden verstehe, so seien diejenigen, die auch die Bedeutung des Begriffes Krieg bis ins letzte an sich selbst erfahren hätten.

Nach einem weiteren Dankeswort des Führers für den Besuch der Frontkämpfer gab er seiner Zustimmung auf ein gutes Gelingen ihrer Arbeit Ausdruck. Die etwa 80 Teilnehmer an der Fahrt nach Berchtesgaden verweilten dann einige Stunden im außerordentlich angeregten Gespräch auf dem Berghof. Immer wieder bildeten sich um den

Führer herum Gruppen von Frontkämpfern aus allen Ländern. Die Frontkämpfer aus Frankreich erinnerten an die Tage, da der Führer, der wohl einer der wenigen Frontkämpfer unter den Staatsoberhäuptern der Welt ist, ihnen aus der anderen Seite gegenüberlag. Sie seien stolz darauf, ihm jetzt die Hand geben zu können, in der inneren Gewißheit, daß sich die Jahre des Weltkrieges nicht wiederholen würden, wenn es nach seinem und ihrem Willen gehe. Mit dem ebenfalls kriegsblinden Führer der polnischen Abordnung, mit den Frontkämpfern aus Italien, England, Rumänien, Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Griechenland und vielen anderen Nationen sprach der Führer ebenfalls längere Zeit.

Gegen Schluß des Besuchs bereiteten ihm die Frontkämpfer aus allen Nationen spontan eine herzliche Guldigung.

## Erster Schritt zur Reichsfinanzreform

Staatssekretär Reinhardt über die Neuordnung der Realsteuern.

Als Abschluß eines Neuvertragsabschlusses brachte die Berliner Industrie- und Handelskammer einen Vortrag über „Realsteuerreform und Finanzausgleich“. Staatssekretär Reinhardt vom Reichsfinanzministerium legte noch einmal Sinn und Inhalt des ganzen Reformwerkes dar. Seine Neugefaltung der Realsteuern sei untrennbar verknüpft mit einer Neuordnung der Lastenverteilung. Künftig würden die Länder nicht mehr über eigene Einnahmemeinungen verfügen. Steuerträger würden jetzt das Reich und die Gemeinden. Für die Grund- und Gewerbesteuer stellten die Reichsfinanzminister nach einheitlichen Gesichtspunkten die Steuerbeträge fest. Diese dienten dann den Gemeinden als Unterlagen für die Festlegung der sogenannten Gebühre, die nach dem jeweiligen Bedarf bemessen würden. Diese Vollmacht der Gemeinden habe aber nun nicht etwa den Sinn, daß mehr erhoben werden dürfte als bisher.

Eine Erhöhung gegenüber dem bisherigen Aufkommen sei den Gemeinden vielmehr ausdrücklich verboten. Ganz stark betonte der Staatssekretär, daß keine Belastungsverschiebungen oder -erhöhungen zugunsten von einzelnen Gesellschaftsklassen beabsichtigt seien, sondern daß es sich lediglich um Belastungsverschiebungen innerhalb der einzelnen Gemeinden handele.

Die Reform wolle Gleichmäßigkeit der Besteuerung herbeiführen, die Grundlagen vereinfachen und den veränderten Ertragsverhältnissen - bisher bildeten vielfach noch die Vorkriegswerte die Grundlage - Rechnung tragen. Vor der Gesamtheit dürfe die Gemeinde nicht mehr erheben als nach altem Recht. Die Bevorteilung des Leistungsfähigeren zu Ungunsten des Leistungsschwächeren solle verschwinden.

Kernstück des neuen Rechts sei bei der Grundsteuer der Einheitswert. Auch bei der Gewerbesteuer, die ja bereits am 1. April in Kraft tritt, verschwinde die Vielgestaltigkeit. Die Gebäude-Einkommensteuer (Hauszinssteuer), die leider noch nicht habe beseitigt werden können, werde weiter herabgesetzt.

Während am 1. 4. 35 die Entlastung 25 Prozent betragen habe, wobei die Steuerpflichtigen zur Übernahme von Gemeinde-Umschuldungsanleihen verpflichtet waren, würde ab 1. April 1938 eine weitere Entlastung vorgenommen. Diese betraf allerdings nur die höchsten Steuerstufen. Die Spanne von 6-30 Prozent der Friedensmiete verringere sich jetzt von 6-25,5 Prozent. Der Ausfall betrage 100 Mill. RM; er werde später durch ein Mehr an Grundsteuern ausgeglichen werden.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen ging Staatssekretär Reinhardt auf die Neugefaltung der Aufgaben- und Lastenverteilung ein. Da künftig die Länder nicht mehr über eigene Einnahmen verfügen würden, müßten deren Aufgaben vom Reich bzw. von den Gemeinden übernommen werden. Ein Anfang sei durch die Uebertragung der gesamten Reichspflege auf das Reich gemacht. Dafür habe man den Ländern die Ueberweisungen aus den Reichsteuern getätigt, was ungefähr 320 Mill. RM ausmache. Ähnliches sei bezüglich der Polizeiverwaltung, des Schulwesens, der öffentlichen Fürsorge und anderer Aufgabenkreise beabsichtigt. Auch das Befolgungsrecht und die Haushaltsführung der Gemeinden werde man künftig nach einheitlichen Gesichtspunkten regeln.

Abschließend betonte der Staatssekretär, daß die Realsteuerreform den ersten Schritt zur Verwirklichung der gesamten Reichsfinanzreform darstelle. Dies sei eine vorläufige Maßnahme, der bald weitere folgen würden. Ein neuer staatlicher Finanzausgleich könne erst dann eingeführt werden, wenn die räumliche Neugefaltung des Reiches beendet sei.

## WSW-Spende des Fleischerhandwerks

142.000 Dosen Fleisch zur Verfügung gestellt.

Der Reichsinnungsmeister des Fleischerhandwerks, Bildt Schmidt-Vordamm, überreichte in Anwesenheit des Generalsekretärs des Reichsfleischbundes des Deutschen Handwerks, Dr. Felix Schuler, dem Reichsbeauftragten für das Winterhilfswerk, Hauptamtsleiter Hilgenfeldt, im Auftrage des gesamten deutschen Fleischerhandwerks eine Urkunde über die Spende von 142.785 Fleisch- und Wurstbrosen.

## Englands Wehrverhärtung

1½ Milliarden Pfund für die Aufrüstung!

Das Weichbuch, das die Regierung im Zusammenhang mit der neuen Rüstungsanleihe von 400 Millionen Pfund Sterling angekündigt hatte, wurde jetzt veröffentlicht.

Das Schriftstück kündigt für die nächsten fünf Jahre eine Gesamtausgabe von 1½ Milliarden Pfund Sterling für die englische Aufrüstung an. Es behandelt ferner sehr ausführlich die Beweggründe für das neue englische Aufrüstungsprogramm und enthält aufsehenerregende Mitteilungen über die in den nächsten Jahren geplante Verhärtung der drei Waffengattungen.

## Deutscher Schritt in Moskau

Vorstellungen wegen der verhafteten Reichsdeutschen.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, hat die Angelegenheit der verhafteten Reichsdeutschen persönlich erneut im Außenministerium zum Gegenstand erster Vorstellungen gemacht. Er hat insbesondere unter Hinweis auf die außerordentlich lange

Dauer der Verhaftungen durch ein Vorkaufsamt und zwar ohne Rücksicht auf den Stand des Verfahrens, protestiert.

Es ist zu hoffen, daß nach diesem Schritt das fahren gegen die verhafteten Reichsdeutschen nunmehr schnell zum Abschluß gebracht wird, um ihnen die Haft mit ihren körperlichen und seelischen Qualen Möglichkeit zu verkürzen.

## Geschenk Görings an Mosicki

Ministerpräsident Generaloberst Göring hat polnischen Staatspräsidenten Mościcki anlässlich Jagdbesuches in Bialowica einen eigens auf den abgerichteten Jagdhund, „Barthoo von Feuerstein“, benannt, der auf der Internationalen Jagdveranstaltung in Budapest preisgekrönt wurde, zum Geschenk gemacht. Der Hund, der an der gegenwärtigen Jagd Bialowica teilnehmen wird, ist ein besonders hochwertiges Jagdzeug einer sehr seltenen Rasse.

## Freiwilligen-Verbot ab 20. Februar

Land- und Seecontrole ab 6. März in Kraft.

Die für Montag anberaumte Sitzung des gemeinsamen Ausschusses der sechs Mächte, die sich mit der gegenseitigen Frage befaßt, wurde vertagt. Unmittelbar danach trat der Ausschuss des Vorsitzenden der Nichtteilnehmenden zusammen.

Die in dem Ausschuss vertretenen Mächte kamen in der Sitzung überein, daß das Freiwilligenverbot am 20. Februar mitternachts in Kraft treten soll und daß der Ausschuss beratende Plan einer Land- und Seecontrole ab 6. März mitternachts in Gang gesetzt werden soll.

Dieser Ausschuss wird bereits heute dem Gesamtschiff zur allgemeinen Annahme vorgelegt werden. Unter Ausschuss des Vorsitzenden ging dabei von der Erwartung aus, daß sich für die Einzelheiten des Statutes, wegen der noch gewisse Schwierigkeiten bestehen, die u. a. in einem portugiesischen Vorbehalt zum Ausdruck gekommen sind, eine befriedigende Lösung finden wird.

## Dankfagung

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme beim Heimgang unserer lieben Enkelchen, für die vielen Kranzspenden und das letzte Geleit sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Dr. Bachmann am Sarge sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Friedrich Müller

Spangenberg, den 16. Februar 1937.

## N. S. D. A. P. Ortsgruppe Spangenberg

Programm für den Heldengedenktag am Sonntag, den 21. Februar 1937

- 8.15 Uhr sammeln sich die teilnehmenden Verbände, NSKK, Kriegerverein, Soldatenbund, NSDAP und angeschlossene Organisationen, Arbeitsdienst, Fortifikation und treten 8.30 Uhr auf dem Marktplatz an.
- Abmarsch zur Heldengedenkfeier am Feldenhain.
- Gedächtnisfeier am Feldenhain und Kranzniederlegungen.
- Aufziehen der Ehrenwache vor den Ehrenmalern.
- 12 Uhr Gemeinschaftsempfang der Uebertragung des Staatsaktes aus Berlin.

Die Bevölkerung wird aufgefordert, sich zahlreich zu beteiligen, sowie ihre Häuser mit den Halbmast geflegten Fahnen des Dritten Reiches zu beflaggen.

Der Ortsgruppenleiter.

Nach § 1 der viehschlachtenpolizeilichen Anordnung vom 7. 10. und vom 22. 12. 1936 (RMBl. I. 19. S. 135 und 1709) über die Bekämpfung des seuchenhaften Faltbais (Vagininfektion des Rindes) dürfen über 1 Jahr alte weibliche Kinder und über 1 Jahr alte Bullen nicht als Zuchttiere abgegeben werden, wenn der Nachweis des verneinenden Ergebnisses einer höchstens 8 Wochen zurückliegenden Blutuntersuchung auf Vagininfektion erbracht ist und nicht andere Umstände das Vorliegen oder den Verdacht der Vagininfektion begründen.

Zuchttiere im Sinne dieser Bestimmung, die für die Art des Abzuges von Zuchttieren gilt, sind Rinder, die zum Zwecke der Erzeugung von Nachzucht angeboten oder erworben werden.

Spangenberg, den 15. Februar 1937.

Der Bürgermeister als Ortspol. Behörde Jenner.